

Fadenscheinig. Beispielloser Eingriff

Im Rahmen ihrer Erforschung des Kalten Krieges hatte die dänische Universität Odense zum 17. Juni 2007 zu einer wissenschaftlichen Konferenz über Ost-West-Spionage nach Berlin eingeladen. Die Veranstaltung wurde durch die BIRTHLER-Behörde und andere Instanzen verhindert. Die Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH), in der zahlreiche Funktionsträger der früheren DDR organisiert sind, protestierte dagegen:

»In beispielloser Manier haben bundesdeutsche Politiker in die verfassungsmäßig garantierte Freiheit der Wissenschaft eingegriffen. Eine in Berlin geplante wissenschaftliche Konferenz des Zentrums zum Studium des Kalten Krieges der Syddansk Universität von Süd-Dänemark zur Tätigkeit der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS mußte kurzfristig abgesagt werden, weil der Vertrag über den Tagungsort – das Harnack-Haus – gekündigt wurde. Die Kündigung erfolgte unter dem fadenscheinigen Vorwand, durch die Nichtteilnahme der BIRTHLER-Behörde sei ein ausgewogener Verlauf der Konferenz nicht gewährleistet, nachdem vorher Vertretern dieser Behörde die Teilnahme verboten worden war. Tatsächlich liegt dem skandalösen Vorgang die Furcht zugrunde, auf der Konferenz könnten von ehemaligen Mitarbeitern des MfS der DDR Meinungen geäußert werden, die nicht in das staatlich verordnete Geschichtsbild passen. Zu Recht hatte der dänische Historiker Wegener Friis im Vorfeld darauf hingewiesen, daß die Anhörung von Zeitzeugen zum historischen Handwerk gehört. Bekanntlich wird aber im heutigen Deutschland den ehemaligen »DDR-Eliten« das Recht abgesprochen, sich zu historischen Vorgängen zu äußern – es sei denn, es liegt ein Täterbekenntnis vor.

Nach Artikel 5 des Grundgesetzes ist das Grundrecht der freien wissenschaftlichen Betätigung zu gewährleisten. Am jüngsten Beispiel wird deutlich, wie es in Wirklichkeit um die Wahrung dieses Grundrechts steht. Bleibt nur zu hoffen, daß seriöse Wissenschaftler sich keinen Maulkorb verpassen und nicht von einer vorgegebenen Meinung unter Druck setzen und nötigen lassen sowie bundesdeutsche Geschichtsklitterung nicht zum Leitbild internationaler Geschichtsschreibung wird.

Die Verhinderung dieser Konferenz ist ein Armutszeugnis für die vielgerühmte freie Wissenschaft in Deutschland. Sie wird auch künftig die objektive Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte beider deutscher Staaten nicht unterbinden können.«

Hans Bauer, Vorsitzender

<https://www.jungewelt.de/artikel/89322.fadenscheinig-beispielloser-eingriff.html>